

30.09.2011

Breite Mehrheit für einmalig reduzierten Gehaltsabschluss

OÖVP, Grüne und FPÖ beschließen Dienstrechtsänderungsgesetz, das jährliche Einsparung von rund 27 Millionen Euro bringen soll

Wie erwartet hat der Landtag gestern Abend mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und FPÖ das Dienstrechtsänderungsgesetz beschlossen. Der Gehaltsabschluss beim Land fällt um einen Prozentpunkt geringer aus als auf Bundesebene. Zudem ist ein Solidarbeitrag bei Pensionen über dem ASVG-Niveau vorgesehen. Der Karfreitag ist ab 2012 wie in der Privatwirtschaft ein Arbeitstag. Darüber hinaus ist geplant, 500 der aktuell rund 8000 Dienstposten bis 2013 abzubauen. Alles in allem soll das Personalpaket eine jährliche Einsparung von rund 27 Millionen Euro bringen. Personalreferent LH-Stv. Franz Hiesl: „Wir haben auf maßvolle Korrekturen und vertretbare Dinge geachtet“, sobald es möglich sei, gebe es auch wieder Verbesserun-

gen, betonte er. ÖVP-LAbg. Peter Csar, oberster Personalvertreter beim Land und GÖD-Chef in OÖ, sprach von einem Kompromiss, der dem Gebot des Sparens gerecht werde, aber auch den Interessen der Dienstnehmer entgegenkomme. Auch wenn ein niedrige-



Einmal darf es bei den Landes- und Gemeindebediensteten ein bisschen weniger sein.

Foto: Bilderbox

rer Abschluss für OÖ einmalig sei — „andere Bundesländer wie Salzburg oder Steiermark waren nicht so zimperlich“, verwies Csar auf Nulllohnstunden in den SPÖ-geführten Ländern. Von einer „Reform mit Augenmaß, um später keine Radikalschnitte machen zu müssen“, sprach LAbg. Wolfgang Stanek. „Ein Lehrbeispiel dafür, wie man es nicht machen sollte“, ist indes für SPÖ-Klubobmann Karl Fraiss die Materie. „Einschnitte sind immer bitter“, aber es sei „richtig, dieser sehr kompromissbereiten Variante zuzustimmen“, sagte die Grüne Maria Buchmayr, Silke Lackner (FPÖ) sprach von einem „nicht sehr angenehmen, aber machbaren Preis des öffentlichen Dienstes zur Haushaltskonsolidierung“.